

Völkerrecht

Ipsen

8. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-79926-6
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Ipsen
Völkerrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Völkerrecht

Ein Studienbuch

Herausgegeben von

Dr. iur. Volker Epping

Professor an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

und

Dr. iur. Wolff Heintschel von Heinegg

Professor an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

bearbeitet von den Herausgebern und von

Dr. iur. Stefan Birkner

Rechtsanwalt, Lehrbeauftragter an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

Dr. iur. Manuel Brunner, LL.M. (Maastricht)

Professor an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung
Nordrhein-Westfalen

Dr. iur. Oliver Dörr, LL.M. (London)

Professor an der Universität Osnabrück

Dr. iur. Robert Frau

Professor an der Technischen Universität Bergakademie Freiberg

Dr. iur. Hans-Joachim Heintze

apl. Professor an der Ruhr-Universität Bochum

Dr. iur. Dr. h. c. Dr. h. c. Stephan Hobe, LL.M. (McGill)

Professor an der Universität zu Köln

Dr. iur. Dr. h. c. mult. Knut Ipsen †

Professor (em.) an der Ruhr-Universität Bochum

Dr. iur. Stefan Oeter

Professor an der Universität Hamburg

8., völlig neu bearbeitete Auflage, 2024

des von Eberhard Menzel † begründeten Werkes



Zitiervorschlag: Ipsen Völker/Bearbeiter § 1 Rn. 1

Es haben bearbeitet:

Birkner	§§ 53, 54
Brunner	§ 58
Dörr	§§ 19–23, 29–31
Epping	§§ 4–9, 11, 59
Frau	§§ 35–37
Heintschel von Heinegg	§§ 12–18, 38–45, 55–57, 60–67
Heintze	§§ 10, 24–28, 32–34
Hobe	§§ 46, 47
Ipsen	§§ 1–3
Oeter	§§ 48–52


beck.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 406 79926 6

ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 79927 3

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Knut Ipsen zum Gedenken

Am 17. März 2022 ist Knut Ipsen, der Namensgeber dieses Werkes und unser akademischer Lehrer, nach kurzer, schwerer Krankheit in Bochum im 87. Lebensjahr von uns gegangen.

Die akademische Vita von Knut Ipsen ist insbesondere mit der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und der Ruhr-Universität Bochum verbunden. Nach Studium und Promotion (Thema der Dissertation: „Rechtsgrundlagen und Institutionalisierung der atlantisch-westeuropäischen Verteidigung“) an der erstgenannten Universität arbeitete Knut Ipsen von 1967 bis 1974 als wissenschaftlicher Assistent seines akademischen Lehrers Eberhard Menzel am Institut für Internationales Recht in Kiel. Nach seiner Habilitation im Jahr 1973 mit seiner Habilitationsschrift zum Thema „Biologische und chemische Kampfmittel im Völkerrecht“ übernahm er zunächst eine Lehrstuhlvertretung an der Universität Kiel bevor er zum Sommersemester 1974 dem Ruf auf den Lehrstuhl für Öffentliches Recht III (Völkerrecht) der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum folgte. Von 1977 bis 1979 war Knut Ipsen zunächst Prorektor für Lehre, bevor er 1979 zum Rektor der Ruhr-Universität gewählt wurde und dieses Amt bis 1989 innehatte. Im Jahr 1988 gründete er das Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität. Von 1991 bis 1993 war er Gründungsrektor der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Seine Emeritierung an der Ruhr Universität erfolgte im Juli 2000. Aus diesem Anlass wurde ihm von seinen Schülern die Festschrift mit dem Titel „Brücken bauen und begehen“ gewidmet, die die Vielfältigkeit des Wirkens von Knut Ipsen aufzeigte, die nicht an den Grenzen unseres Landes und Kontinents, an den Grenzen der Rechtswissenschaft und anderer Disziplinen oder an den Grenzen der Politik Halt machte. Bezeichnend dafür war schon früh sein besonderes Interesse an Osteuropa, das namentlich der Republik Polen galt. Seine enge Beziehung zur Jagiellonischen Universität in Krakau drückte sich in der Zeit des in Polen verhängten Kriegsrechts (1981–1983) auch dadurch aus, dass er selbst einen LKW mit Hilfsgütern nach Krakau fuhr. Sinnbildlich für diesen Charakterzug von Knut Ipsen als Brückenbauer war die Ausrichtung der Neugründung der Viadrina, die er einerseits in einem geeinten Europa verortet sah, zugleich aber auch die enge Verbindung zu Polen widerspiegelt.

Knut Ipsen war ein begnadeter Hochschullehrer, der die Studierenden begeisterte. Seinem Verständnis als Öffentlich-Rechtler folgend, der sich keineswegs nur auf das Völkerrecht reduzieren ließ, hat er bis in sein letztes Semester Großvorlesungen und Übungen in der gesamten Breite des Öffentlichen Rechts übernommen. Nicht nur insoweit, sondern u. a. auch als akademischer Lehrer war er beispielgebend. Er zeigte uns nicht nur die Pfade in die Rechtswissenschaft, namentlich das Öffentliche Recht und das Völkerrecht, sondern gestand seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch den Freiraum zu, sich in vielfältigster Weise zu entwickeln. Den engeren Kreis seiner Schüler nahm er schon früh als Mitautoren in sein Völkerrechtslehrbuch auf und zwei seiner Schüler führte er zur Habilitation.

Ausweislich seiner Qualifikationsschriften und seiner Publikationen hatte Knut Ipsen ein besonderes Interesse für das Völkerrecht und dort namentlich das humanitäre Völkerrecht. Als sein akademischer Lehrer Eberhard Menzel durch schwere Krankheit an

der Fortführung seiner Arbeiten an der zweiten Auflage seines Völkerrechtslehrbuchs gehindert wurde, übernahmen seine damaligen Assistenten unter der Regie von Knut Ipsen die Aufgabe der Neuauflage. Neben dem Einleitungskapitel (Regelungsbereich und Funktion des Völkerrechts), dem Kapitel zur Völkerrechtlichen Verantwortlichkeit und zum Völkerstrafrecht übernahm Knut Ipsen das für sein Lebenswerk prägende Kapitel zum Bewaffneten Konflikt und zur Neutralität. Den „Menzel/Ipsen“ (1979), der ab der dritten Auflage (1990) unter „Ipsen, Völkerrecht“ firmiert, verantwortete er bis zur 6. Auflage (2014) selbst, bevor er ihn in die Hände seiner Schüler übergab. Auf deren Bitten wirkte er noch an der 7. Auflage (2018) an dem von Eberhard Menzel begründeten und von ihm über fünf Auflagen fortgeführten Standardwerk des Völkerrechts als Mitautor mit.

Seine Affinität zum Humanitären Völkerrecht war aber keineswegs auf den akademischen Bereich beschränkt. In den Jahren von 1975 bis 1977 gehörte Knut Ipsen der deutschen Regierungsdelegation bei der diplomatischen Konferenz in Genf als Berater an, in deren Ergebnis die ersten beiden Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen entstanden. Zudem engagierte er sich im Deutschen Roten Kreuz seit 1986 zunächst als Bundeskonventionsbeauftragter. 1994 wurde er zum Präsidenten des DRK e. V. gewählt. Dieses Amt hatte er insgesamt drei Wahlperioden inne, bis er im Jahr 2003 nicht mehr zur Wiederwahl antrat. In seine Amtszeit fiel insbesondere die Reform der Arbeitsweise innerhalb der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung, die er entscheidend prägte. Auf internationaler Ebene setzte er sich vorbehaltlos und nachhaltig für einen umfassenden wirkungsvollen Schutz des Emblems des Roten Kreuzes ein. Aber auch nach dem Ende seiner Präsidentschaft engagierte sich Knut Ipsen weiter für die Verbreitung des humanitären Völkerrechts und der Rotkreuz-Grundsätze. Diesem Engagement geschuldet ist das ihm zu Ehren durchgeführte Symposium „International Humanitarian Law Facing New Challenges“ (2005).

Knut Ipsen hat aber auch als Prozessvertreter in zahlreichen, nicht allein für die Auslegung des Grundgesetzes entscheidenden Verfahren Akzente gesetzt. Zudem war er seit 1991 Mitglied des Ständigen Schiedshofes in Den Haag und Mitglied des Beirats der Bundesakademie für Sicherheitspolitik sowie der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ beim Bundesministerium der Verteidigung. Für sein Wirken erhielt er u. a. die Ehrendoktorwürden der Universitäten Sheffield, Krakau, Wrocław und Frankfurt (Oder), den Ehrenring der Stadt Bochum und das Kavalierekreuz des Verdienstordens der Republik Polen.

Wir sind dankbar für die Zeit, die wir mit ihm verbringen durften.

*Volker Epping
Wolff Heintschel von Heinegg*

Vorwort

Ein Lehrbuch über eine nationale Rechtsordnung in einem Band vorzulegen, würde heute kaum in irgendeinem Verfassungsstaat dem Anspruch an eine gediegene Juristenausbildung genügen können. Ein einbändiges Lehrbuch über die internationale Rechtsordnung hingegen mag in unserem Land der – weithin von der Justizverwaltung beeinflussten – Struktur des Rechtsstudiums entsprechen, einer Struktur, in der dem Völkerrecht wenig mehr als die Rolle eines Wahlfachs beschieden ist. Da ein Völkerrechtslehrbuch infolgedessen für interessierte Studierende neben der Grundvorlesung oft die einzige Begegnung mit der die Staatenwelt im Ganzen erfassenden Rechtsordnung bleibt, muss es über das methodische und didaktische Konzept hinaus Weiteres leisten. So muss es insbesondere ein Wegweiser für die Studierenden sein, der sie zu den wichtigsten Denkansätzen und Regelungsbereichen des Völkerrechts führt. Zu den ersten gehört der Befund, dass das Völkerrecht ein weithin durch zwischenstaatliche Übereinkünfte geschaffenes Recht ist, wobei allerdings selbst so wichtige Bereiche, wie beispielsweise die Verantwortlichkeit für völkerrechtswidriges Verhalten immer noch nicht die Stufe einer grundlegenden, die Staatenmehrheit bindenden Konvention erreicht haben. Dieses Entwicklungsdefizit verlangt einen geschärften Blick dafür, wo Rechtsdarstellung und -bewertung zu mehr oder minder anspruchsvollen Erzählungen geraten, die sich von dem entfernen, was gesichertes Recht ist. Zu den zweiten gehört, dass der Vertrag als Hauptrechtsquelle des Völkerrechts dieses Recht als Konsens- und Kooperationsrecht kennzeichnet, dem nicht mit einem von der Autorität staatlicher Rechtsordnungen geprägten Vorverständnis begegnet werden darf. Das Lehrbuch ist somit insgesamt von einem Ansatz her gestaltet, den manche als positivistisch kritisieren mögen, der aber zu vermeiden sucht, den Studierenden statt des Rechts unerfüllte oder unerfüllbare Hoffnungen an das Recht zu vermitteln.

Dank für ihre hervorragende Mitwirkung gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Völkerrecht, Europarecht und ausländisches Verfassungsrecht der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder), namentlich Frau Masha Fenner, Frau Anne Fock, Frau Sophia Kannowsky, Herrn Simon Gauseweg, Frau Jana Wenzel und Herrn Moritz Ziegler, sowie des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht der Leibniz Universität Hannover, Frau Btissam Boulakhrif, Frau Lea Köhne und Herrn Vincent Widdig.

Alle Internetquellen, die mit einem Link ausgewiesen sind, wurden zuletzt am 31. März 2023 abgerufen.

Frankfurt (Oder), Hannover, im Juni 2023

*Völker Epping
Wolff Heintschel von Heinegg*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Knut Ipsen zum Gedenken	V
Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXIX

1. Kapitel: Regelungsbereich, Geschichte und Funktion des Völkerrechts 1

§ 1. Regelungsbereich und Geltungsgrund des Völkerrechts	1
§ 2. Zur Geschichte des Völkerrechts	16
§ 3. Die Funktion des Völkerrechts	39

2. Kapitel: Völkerrecht und staatliches Recht 47

§ 4. Die Einbeziehung von Völkerrecht in das staatliche Recht	47
§ 5. Geltung und Anwendbarkeit des Völkerrechts in ausgewählten Verfassungsordnungen	61

3. Kapitel: Völkerrechtssubjekte 76

§ 6. Grundlagen	76
§ 7. Der Staat als die „Normalperson“ des Völkerrechts	79
§ 8. Internationale Organisationen	244
§ 9. Das Individuum als Völkerrechtssubjekt	373
§ 10. Völker im Völkerrecht	389
§ 11. Sonstige Völkerrechtssubjekte	453

4. Kapitel: Die völkerrechtlichen Verträge als Hauptrechtsquelle des Völkerrechts 470

§ 12. Begriff, Bezeichnung, Arten und Abgrenzung	473
§ 13. Abschluss und Inkrafttreten	478
§ 14. Auslegung völkerrechtlicher Verträge	489
§ 15. Der Geltungsbereich von Verträgen	498
§ 16. Abwandlung des Vertrages durch die Vertragsparteien	510
§ 17. Vorbehalte zu Verträgen	513
§ 18. Ungültigkeit von Verträgen und Fortfall der Vertragsbindung	521

5. Kapitel: Weitere Rechtsquellen des Völkerrechts	553
§ 19. Völkergewohnheitsrecht	553
§ 20. Allgemeine Rechtsgrundsätze	578
§ 21. Völkerrechtliches Sekundärrecht	583
§ 22. Einseitige Rechtsakte	591
§ 23. Quellenübergreifendes	598
6. Kapitel: Diplomatische und konsularische Beziehungen	607
§ 24. Grundlagen	607
§ 25. Ständige diplomatische Missionen	609
§ 26. Diplomatische Beziehungen zwischen Staaten und internationalen Organisationen	629
§ 27. Ad-hoc Diplomatie	632
§ 28. Konsularische Beziehungen	634
7. Kapitel: Völkerrechtliche Verantwortlichkeit	643
§ 29. Grundlagen	643
§ 30. Staatenverantwortlichkeit	660
§ 31. Verantwortlichkeit anderer Völkerrechtssubjekte	708
8. Kapitel: Individualschutz im Völkerrecht	713
§ 32. Menschenrechte als völkerrechtlicher Regelungsgegenstand	716
§ 33. Menschenrechtsschutz durch regionale Vereinbarungen	743
§ 34. Völkerrechtliches Fremdenrecht	768
9. Kapitel: Völkerstrafrecht	772
§ 35. Das Völkerstrafrecht als Regelungsbereich des Völkerrechts	772
§ 36. Das materielle Völkerstrafrecht	779
§ 37. Die Institutionen des Völkerstrafrechts	798
10. Kapitel: Internationales öffentliches Seerecht (Seevölkerrecht)	821
§ 38. Begriff und Gegenstand, Entwicklung und Rechtsquellen des internationalen öffentlichen Seerechts	821
§ 39. Innere Gewässer und Basislinien	830
§ 40. Küstenmeer	837

§ 41. Internationale Meerengen	847
§ 42. Archipelgewässer	852
§ 43. Anschlusszone	856
§ 44. Festlandsockel und Ausschließliche Wirtschaftszone	858
§ 45. Hohe See und Tiefseeboden („Gebiet“)	877
11. Kapitel: Internationales öffentliches Luft- und Weltraumrecht	893
§ 46. Internationales öffentliches Luftrecht	893
§ 47. Weltraumrecht	920
12. Kapitel: Wirtschaftsvölkerrecht	957
§ 48. Grundstrukturen des Wirtschaftsvölkerrechts	957
§ 49. Grundzüge des Welthandelsrechts	990
§ 50. Koordinierte Marktordnung: Wettbewerb, Steuern, Rechnungslegung und Insolvenz	1035
§ 51. Internationaler Investitionsschutz	1054
§ 52. Internationale Währungsordnung und Regulierung der Finanzmärkte . .	1080
13. Kapitel: Umweltvölkerrecht	1103
§ 53. Entwicklung, Rechtssetzung und Strukturmerkmale	1104
§ 54. Spezifische Regelungen des Umweltvölkerrechts	1126
14. Kapitel: Friedenssicherung	1170
§ 55. Vom <i>ius ad bellum</i> zum <i>ius contra bellum</i> (Kriegsverbot, Gewaltverbot und Interventionsverbot)	1170
§ 56. Ausnahmen vom Gewaltverbot	1192
§ 57. Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch Systeme kollektiver Sicherheit	1216
15. Kapitel: Abrüstung, Rüstungskontrolle, friedliche Streit- beilegung	1234
§ 58. Abrüstung und Rüstungskontrolle	1234
§ 59. Die friedliche Streitbeilegung	1270

16. Kapitel: Recht des bewaffneten Konflikts	1324
§ 60. Begriff, Funktion, Entwicklung und Quellen	1325
§ 61. Sachlicher und zeitlicher Anwendungsbereich, Abgrenzung	1337
§ 62. Grundsätze und Durchsetzung des im bewaffneten Konflikt anwendbaren Völkerrechts	1355
§ 63. Kombattanten und Mitglieder anderer organisierter bewaffneter Gruppen	1368
§ 64. Geschützte Personen und Objekte (einschließlich Besatzungsrecht)	1376
§ 65. Mittel und Methoden der Kriegführung (Waffen- und Waffeneinsatzrecht)	1389
§ 66. Neutralitätsrecht	1403
§ 67. Besonderheiten im See- und Luftkrieg	1406
Sachverzeichnis	1415



Inhaltsverzeichnis

Knut Ipsen zum Gedenken	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXIX

1. Kapitel: Regelungsbereich, Geschichte und Funktion des Völkerrechts

§ 1. Regelungsbereich und Geltungsgrund des Völkerrechts	1
I. Zum Sprachgebrauch	2
II. Der Regelungsbereich des geltenden Völkerrechts	3
1. Völkerrechtssubjekte	3
a) Der Staat	3
b) Internationale Organisationen	3
c) Einzelmenschen und Menschengruppen	3
d) Nichtstaatliche Organisationen	5
e) Zusammenfassung	5
2. Die Regelungsgegenstände völkerrechtlicher Beziehungen	6
III. Zum Geltungsgrund des Völkerrechts	6
1. Staatswillentheorien	8
a) Selbstverpflichtungslehre	8
b) Vereinbarungslehre	8
c) „Common consent“-Lehre	8
d) Theorie der rationalen Entscheidung	9
2. Die normativistische Theorie	9
3. Naturrechtliche Positionen	10
4. Die soziologische Schule	11
5. Die kritische Schule/dekonstruktivistische Ansätze	12
6. Fazit	14
§ 2. Zur Geschichte des Völkerrechts	16
I. Der historische Wandel der Rechtssubjekte	17
1. Herrschaftsverbände und Imperium der Antike	18
2. Kaisertum, Papsttum und Herrschaftsverbände des Mittelalters	19
3. Der souveräne Fürstenstaat der frühen Neuzeit	20
4. Der Staat des 19. Jahrhunderts als verfasster Gebiets- und Personenverband mit Völkerrechtssubjektivität	21
II. Das Recht der friedlichen Beziehungen	22
1. Antike	22
2. Mittelalter	23
3. Neuzeit	23
4. 19. Jahrhundert	25
III. Recht und Krieg	26
1. Das kriegführungsbefugte Subjekt	26
2. Der „rechtmäßige“ Kriegsgrund	28

3. Das Recht im Krieg (ius in bello)	31
4. Das humanitäre Völkerrecht als Teil des ius in bello	33
5. Das Verbot der Erstanwendung von Waffengewalt und weitere Kriegsverhütungsmechanismen	34
IV. Der Wandel des Regelungsbereichs	34
1. Vom „zwischenstaatlichen“ Recht zum „internationalen“ öffentlichen Recht	35
2. Von der völkerrechtsbegrenzenden Souveränität zum souveränitätsgestaltenden Völkerrecht	35
3. Vom universalen und partikularen Völkerrecht zum Völkerrechtssystem	36
a) Das allgemeine (universale) Völkerrecht	36
b) Das besondere (partikulare) Völkerrecht	37
§ 3. Die Funktion des Völkerrechts	39
I. Die Wechselwirkungen zwischen Politik und Völkerrecht	39
1. Politik – Rechtserzeugung – Rechtsbeachtung	39
2. Ordnungsfunktion und Rechtssicherheit	40
3. Politik und Effektivität des Völkerrechts	42
II. Die inhaltlich determinierte Funktion des Völkerrechts	43
III. Die instrumentale Funktion des Völkerrechts	45
2. Kapitel: Völkerrecht und staatliches Recht	
§ 4. Die Einbeziehung von Völkerrecht in das staatliche Recht	47
I. Monismus und Dualismus	48
II. Innerstaatliche Geltung des Völkerrechts im staatlichen Recht	53
III. Unmittelbare Anwendbarkeit des Völkerrechts im staatlichen Recht	55
IV. Sonderfall der Stellung und Einbeziehung menschenrechtlicher Verpflichtungen im staatlichen Recht	56
V. Die vorläufige Anwendung völkerrechtlicher Verträge im innerstaatlichen Recht	58
§ 5. Geltung und Anwendbarkeit des Völkerrechts in ausgewählten Verfassungsordnungen	61
I. Vereinigtes Königreich	62
II. Vereinigte Staaten von Amerika	65
III. Russische Föderation	68
IV. Französische Republik	71
V. Volksrepublik China	73
3. Kapitel: Völkerrechtssubjekte	
§ 6. Grundlagen	76
I. Zur geschichtlichen Entwicklung der Lehre vom Völkerrechtssubjekt	76
1. Die Lehre vom Staat als einzigem Völkerrechtssubjekt	76
2. Die soziologisch orientierte Lehre	77
II. Terminologie	77
III. Handlungsfähigkeit und Rechtsfähigkeit	78

§ 7. Der Staat als die „Normalperson“ des Völkerrechts	79
I. Die Drei-Elemente-Lehre	79
II. Das Staatsgebiet	80
1. Die räumliche Erstreckung des Staatsgebietes	82
a) Die Bedeutung von Staatsgrenzen	85
b) Die Bestimmung der Staatsgrenzen	86
c) Flüsse und Kanäle	90
2. Erwerb und Verlust von Staatsgebiet	97
a) Annexion	98
b) Okkupation	103
c) Zession	110
d) Ersitzung	112
e) Adjudikation	114
f) Gebietsneubildung	114
g) Verlust von Staatsgebiet	115
3. Der Grundsatz der Gebietshoheit	116
a) Das Verbot der Vornahme von Hoheitsakten auf fremdem Staatsgebiet	117
b) Einschränkungen der Gebietshoheit	119
4. Die völkerrechtliche Zulässigkeit des Erlasses von Hoheitsakten mit Auslandswirkung	124
III. Das Staatsvolk	128
1. Personalhoheit und Gebietshoheit	130
2. Staatsangehörigkeit	131
a) Das Recht zur Regelung der Staatsangehörigkeit	132
b) Erwerb der Staatsangehörigkeit	134
c) Verlust der Staatsangehörigkeit	136
d) Probleme mehrfacher Staatsangehörigkeit	137
3. Die Staatszugehörigkeit juristischer Personen	138
4. Staatenlose	139
5. Der diplomatische Schutz	140
a) Berechtigung zur Schutzgewährung	141
b) Die „local remedies rule“	144
c) Der Anspruchsträger	145
IV. Die Staatsgewalt	147
1. Souveränität	147
2. Effektivität	149
3. Neutrale Staaten	154
4. Klein- und Mikrostaaten	157
5. Besondere Abhängigkeitsverhältnisse	158
a) Protektorat	158
b) Assoziierte Staaten	159
c) Kondominium, Koimperium und Servituten	160
d) Treuhand-/Mandatsgebiete	161
e) Territoriale Übergangsverwaltung	161
V. Die völkerrechtliche Anerkennung	164
1. Die völkerrechtliche Anerkennung	165
2. Die Anerkennung de iure und de facto	171

3. Die Anerkennung von Staaten	173
a) Rechtswirkungen der Anerkennung von Staaten	174
b) Vorzeitige Anerkennung von Staaten	177
c) Die Nichtanerkennung von Staaten	179
4. Anerkennung von Regierungen	180
VI. Kontinuität und Nachfolge von Staaten	184
1. Das Recht der Staatennachfolge	186
a) Der Begriff der Staatensukzession	186
b) Fallgruppen	188
2. Abgrenzung Staatensukzession und Staatsidentität	189
a) Lehre der Kontinuität	189
b) Identität und Kontinuität	190
c) Occupatio Bellica	190
d) Völkerrechtliche Konsequenzen	191
e) Fallbeispiele	195
3. Kodifiziertes Recht der Staatennachfolge	196
a) Die Wiener Konvention über die Staatennachfolge in Verträge	197
b) Die Wiener Konvention über die Staatennachfolge in Staatsvermögen, -archive und -schulden	197
4. Nicht kodifizierte Materien der Staatennachfolge	206
a) Ausländische private Gläubiger und Staatennachfolge	206
b) Annexion und Staatennachfolge	207
c) Privatrechtsordnung und Staatennachfolge	207
d) Völkerrechtliche Wiedergutmachungsansprüche und Staatennachfolge	208
e) Staatsangehörigkeit und Staatennachfolge	209
f) Immunität und Staatennachfolge	211
VII. Die Grundprinzipien des Völkerrechts über die Beziehungen zwischen den Staaten	212
1. Die Lehre von den völkerrechtlichen Grundrechten und Grundpflichten	212
a) Begriff	212
b) Entwicklung	213
2. Der Grundsatz der souveränen Gleichheit	215
3. Die Pflicht zur Achtung der Rechtspersönlichkeit anderer Staaten	218
a) Das Recht auf Achtung der völkerrechtlichen Existenz eines Staates	218
b) Recht auf Achtung und auf Schutz der Ehre eines Staates	219
4. Der Grundsatz der staatlichen Immunität	219
a) Die Immunität des Staates	222
b) Die Rechtsstellung fremder Staatsunternehmen	234
c) Die Immunität von staatlichen Funktionsträgern fremder Staaten	235
§ 8. Internationale Organisationen	244
I. Grundlagen	245
1. Geschichtliche Entwicklung	246
2. Terminologie und Klassifizierung	247

a) Zwischenstaatliche Internationale Organisationen	247
b) Supranationale Organisationen	248
c) Abgrenzung zu anderen Formen internationaler Verbindungen	250
3. Gemeinsamkeiten in der Struktur (zwischenstaatlicher)	
Internationaler Organisationen	254
a) Errichtung und Beendigung	254
b) Mitgliedschaft	256
4. Organisatorischer Aufbau	264
5. Die Rechtsakte der Internationalen Organisationen (vgl. auch 21)	267
6. Das Finanzwesen Internationaler Organisationen	268
7. Beziehungen zu anderen Völkerrechtssubjekten	269
a) Rechtssubjektivität Internationaler Organisationen	270
b) Vorrechte und Immunitäten	278
c) Gesandtschaftsrecht	281
d) Verantwortlichkeit und Haftung (s. auch 31, 1 ff.)	282
II. Die Vereinten Nationen	287
1. Die Entstehungsgeschichte der Vereinten Nationen	288
a) Ideengeschichte	288
b) Der Völkerbund	289
c) Die Gründung der Vereinten Nationen	290
2. Strukturen und Kompetenzen der Vereinten Nationen	292
a) Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen	292
b) Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen	294
c) Die Organe der Vereinten Nationen	299
d) Sitz	317
3. Die Sonderorganisationen und die autonomen Organisationen	318
a) Sonderorganisationen	318
b) Die autonomen Organisationen	321
4. Vereinte Nationen und regionale Abmachungen	324
III. Regionale Internationale Organisationen	326
1. Die Europäische Union (EU)	326
a) Die Entwicklung der Europäischen Union	326
b) Aufgaben und Zielsetzung	328
c) Organe	330
2. Annex: Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR)	332
3. Der Europarat	335
4. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	339
a) Die Organisationsstruktur der OSZE	342
b) Die Völkerrechtssubjektivität der OSZE	345
5. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)	348
6. Die Afrikanische Union (AU)	352
7. Die Arabische Liga	357
8. ASEAN (Association of Southeast Asian Nations)	364
9. Commonwealth of Nations	368
10. Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	368

§ 9. Das Individuum als Völkerrechtssubjekt	373
I. Rechtsträgerschaft	377
1. Mittelbare völkerrechtliche „Berechtigungen“	379
2. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)	382
3. Völkerrechtlicher Individualschutz im Rahmen der Vereinten Nationen und weiterer regionaler Menschenrechtsschutzorgane	382
4. Juristische Personen	385
II. Pflichtenträgerschaft	386
§ 10. Völker im Völkerrecht	389
I. Rechtsstellung von Völkern	389
1. Rechtsfähigkeit von Völkern	390
a) Herausbildung des Selbstbestimmungsrechts	390
b) Normativer Gehalt des Selbstbestimmungsrechts	392
c) Inhalt des Selbstbestimmungsrechts	395
d) Gebietsbezogenheit des Selbstbestimmungsrechts	396
e) Anerkennung von Vertretungsorganen von Völkern	399
2. Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts	401
a) Ermittlung des Volkswillens durch Referenden und Plebiszite ...	401
b) Gewaltsame Durchsetzung	404
c) Menschenrechtliche Durchsetzungsverfahren	405
d) Verfahren nach regionalen Menschenrechtsverträgen	407
e) Verfahren vor dem IGH	408
II. Träger des Selbstbestimmungsrechts der Völker	410
1. Trennung von staatlicher Souveränität und Selbstbestimmungsrecht der Völker	410
2. Träger des Selbstbestimmungsrechts	411
a) Staatsvölker	413
b) Völker im ethnischen Sinne	414
c) Indigene Völker	416
d) Minderheiten	419
e) Individuen	422
III. Äußeres Selbstbestimmungsrecht der Völker	423
1. Bedeutung des äußeren Selbstbestimmungsrechts	424
2. Staatenbildung, anderer Status und Vereinigung	425
3. Sezession	428
a) Begriff	428
b) Völkerrechtliche Zulässigkeit	429
c) Sezession und völkerrechtliche Anerkennung	433
IV. Inneres Selbstbestimmungsrecht der Völker	435
1. Bedeutung des inneren Selbstbestimmungsrechts	436
2. Recht auf eine bestimmte Staatsform?	438
a) Gleichberechtigung der Staatsformen durch das Völkerrecht ...	438
b) Selbstbestimmungsrecht und Demokratie	438
3. Selbstbestimmungsrecht und Menschenrechte	443
4. Autonomie	444
a) Konzept der Autonomie	444

b) Arten der Autonomie	445
c) Föderalismus	446
5. Selbstbestimmungsrecht der Völker in wirtschaftlicher Hinsicht	448
§ 11. Sonstige Völkerrechtssubjekte	453
I. Traditionelle Völkerrechtssubjekte	453
1. Der Heilige bzw. Apostolische Stuhl	453
2. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	457
3. Der Malteserorden	459
II. Umstrittene Problemlagen	460
1. Aufständische, Kriegführende und „stabilisierte de facto-Regime“ ...	460
2. Transnationale Unternehmen	463
4. Kapitel: Die völkerrechtlichen Verträge als Hauptrechtsquelle des Völkerrechts	
§ 12. Begriff, Bezeichnung, Arten und Abgrenzung	473
I. Der Begriff des völkerrechtlichen Vertrages	473
1. Vertragsparteien	474
2. Vereinbarung	474
3. „Vom Völkerrecht bestimmt“	475
II. Bezeichnung und Arten	475
1. Bedeutung der Bezeichnungen	475
2. Arten	476
III. Abgrenzung zu anderen Erscheinungsformen	476
1. Verträge zwischen Staaten bzw. Internationalen Organisationen und ausländischen (juristischen) Privatpersonen	476
2. „Gentlemen’s Agreement“	477
3. Politische Absichtserklärungen	477
4. Verhaltenskodizes (codes of conduct)	477
5. Vereinbarungen nichtstaatlicher Verbandseinheiten	477
§ 13. Abschluss und Inkrafttreten	478
I. Der Abschluss völkerrechtlicher Verträge	478
1. Vertragsabschlusskompetenz	478
2. Abschlussverfahren	480
a) Zusammengesetztes Verfahren	482
b) Einfaches Verfahren	486
c) Beitritt	486
d) Eingeschränkte Bindungswirkung	487
e) Hinterlegung, Registrierung, Veröffentlichung	487
II. Inkrafttreten und vorläufige Anwendung	488
1. Inkrafttreten	488
2. Vorläufige Anwendung	488
§ 14. Auslegung völkerrechtlicher Verträge	489
I. Zuständigkeit zur Auslegung	490
II. Der Auslegungsansatz – Parteiwille oder Text?	491

III. Die Auslegungsmethoden und ihre Stellung in der allgemeinen Auslegungsregel des Art. 31 der Wiener Vertragsrechtskonventionen . . .	491
1. Auslegungsmethoden	491
a) Wörtliche Auslegungsmethode („plain“ bzw. „ordinary meaning rule“)	491
b) Systematische Auslegungsmethode	492
c) Teleologische Auslegungsmethode (von altgriechisch <i>telos</i> (τέλος) = Ziel)	492
2. Auslegung nach Art. 31 der Wiener Vertragsrechtskonventionen	492
a) Wörtliche Auslegung	493
b) Systematische Auslegung	493
c) Berücksichtigung der nachfolgenden Vertragspraxis	494
d) Teleologische Auslegung	495
e) Beachtung des Grundsatzes von Treu und Glauben bei der Auslegung	496
3. Ergänzende Auslegungsmittel	496
4. Außerrechtliche Auslegungsregeln	496
IV. Dynamische Interpretation – das temporale Element der Auslegung . . .	497
V. Auslegung mehrsprachiger Verträge	498
§ 15. Der Geltungsbereich von Verträgen	498
I. Territorialer Geltungsbereich	499
1. Allgemeines	499
2. Räumlicher Geltungsbereich im Sinne des Art. 29 WVK und das Problem der territorialen Souveränität	499
3. Staatennachfolge in Verträge	500
a) Anwendungsbereich des Wiener Übereinkommens	501
b) Die im Wiener Übereinkommen geregelten Sukzessionsfälle	501
c) Kodifiziertes Gewohnheitsrecht?	503
II. Zeitlicher Geltungsbereich	503
1. Rückwirkung, vorvertragliche Pflichten	503
a) Rückwirkung	503
b) Vorvertragliche Pflichten	504
2. Vertragskollision	505
III. Verträge und dritte Parteien	506
1. Allgemeines	506
2. Staatenverträge	507
a) Verträge zugunsten Dritter	507
b) Verträge zu Lasten Dritter	507
3. Abkommen Internationaler Organisationen	509
§ 16. Abwandlung des Vertrages durch die Vertragsparteien	510
I. Allgemeines	510
II. Vertragsänderung	511
III. Modifikation	513

§ 17. Vorbehalte zu Verträgen	513
I. Begriff, Rechtsnatur, Anwendungsbereich, Zulässigkeit	514
1. Begriff und Abgrenzung zu anderen Erscheinungsformen	514
2. Rechtsnatur	516
3. Anwendungsbereich	517
4. Zulässigkeit	517
II. Form und Verfahren	517
III. Die Rechtswirkungen von Vorbehalten und Widersprüchen	517
1. Die Regelungen der Wiener Vertragsrechtskonventionen und die ihnen zugrundeliegenden Theorien	517
2. Die Rechtswirkungen bei gem. Art. 19 der Wiener Vertragsrechtskonventionen unzulässigen Vorbehalten	519
§ 18. Ungültigkeit von Verträgen und Fortfall der Vertragsbindung	521
I. Allgemeine Bestimmungen für die Ungültigkeit, Beendigung und Suspendierung von Verträgen	522
II. Ungültigkeit	523
1. Allgemeines	524
2. Ungültigkeitsgründe	526
a) Handeln eines zum Vertragsabschluss unzuständigen Organs	526
b) Irrtum	527
c) Betrug und Bestechung	528
d) Zwang gegen einen Staatenvertreter	528
e) Zwang gegen einen Staat	529
f) Das Problem der „ungleichen Verträge“	530
III. Verträge und unabdingbares („zwingendes“) Recht	530
1. Begriff des <i>ius cogens</i>	531
a) Theoretische Ansätze	531
b) <i>Ius cogens</i> in den Wiener Vertragsrechtskonventionen	532
2. <i>Ius cogens</i> -Normen	535
a) <i>Ius cogens</i> in der Staatenpraxis und der Judikatur	535
b) <i>Ius cogens</i> im völkerrechtlichen Schrifttum	537
IV. Der Fortfall der Vertragsbindung durch Vertragsbeendigung, Suspendierung und Erlöschen vertraglicher Ansprüche	538
1. Beendigung und Suspendierung aufgrund der Bestimmungen des betroffenen Vertrages	539
2. Beendigung und Suspendierung aufgrund einer nachfolgenden Vereinbarung der Vertragsparteien	540
3. Beendigungs- und Suspendierungsgründe	541
a) Vertragsbruch	541
b) Nachträgliche Unmöglichkeit der Vertragserfüllung	544
c) Grundlegender Wandel der Umstände	545
4. Erlöschen vertraglicher Rechte und Pflichten	550
a) Erfüllung	550
b) Verzicht und Verwirkung	550
c) Untergang einer Vertragspartei als Völkerrechtssubjekt	551

d) Herausbildung einer neuen Norm des Völkergewohnheitsrechts und desuetudo	551
e) Verjährung	552
f) Auswirkungen bewaffneter Konflikte	552

5. Kapitel: Weitere Rechtsquellen des Völkerrechts

§ 19. Völkergewohnheitsrecht	553
I. Konzept	554
II. Das objektive Element: Übung (consuetudo)	556
III. Das subjektive Element: Rechtsüberzeugung (opinio iuris)	560
IV. Entstehung, Feststellung, Fortentwicklung	563
V. Bindungswirkung	566
VI. Gewohnheitsrecht und Verträge	569
1. Die Rolle von Verträgen bei der Entstehung von Gewohnheitsrecht	569
2. Das Verhältnis der Rechtsnormen zueinander	571
3. Kodifikation	575
§ 20. Allgemeine Rechtsgrundsätze	578
§ 21. Völkerrechtliches Sekundärrecht	583
§ 22. Einseitige Rechtsakte	591
§ 23. Quellenübergreifendes	598
I. Rang- und Kollisionsfragen	598
II. Rechtskennnungsquellen („Hilfsmittel“)	600
III. Billigkeit im Völkerrecht	601
IV. Intertemporales Völkerrecht	604

6. Kapitel: Diplomatische und konsularische Beziehungen

§ 24. Grundlagen	607
§ 25. Ständige diplomatische Missionen	609
I. Diplomaten und Konsuln	610
II. Die diplomatischen Beziehungen	611
1. Gesandtschaftsrecht	611
2. Begründung diplomatischer Missionen	613
3. Beendigung diplomatischer Missionen	615
III. Völkerrechtliche Stellung der diplomatischen Mission	616
1. Aufgaben	616
2. Vorrechte	619
3. Immunität	623
4. Schutz der Räumlichkeiten, Archive und Schriftstücke	625
5. Diplomatisches Asyl	627

§ 26. Diplomatische Beziehungen zwischen Staaten und internationalen Organisationen	629
I. Unterschied zu zwischenstaatlichen Beziehungen	629
II. Ständige Missionen und Beobachter-Missionen	631
§ 27. Ad-hoc Diplomatie	632
I. Sondermissionen	633
II. Konferenzdiplomatie	634
§ 28. Konsularische Beziehungen	634
I. Parallelen zu diplomatischen Missionen	635
II. Begründung und Unterhaltung konsularischer Vertretungen	637
1. Mitglieder konsularischer Vertretungen	637
2. Aufgaben konsularischer Vertretungen	638
3. Vorrechte und Immunitäten	639
 7. Kapitel: Völkerrechtliche Verantwortlichkeit	
§ 29. Grundlagen	643
I. Primär- und Sekundärnormen (-pflichten)	646
II. Die Frage der Erfüllungsstruktur	647
III. Der Grundtatbestand	655
IV. Funktionen der Verantwortlichkeit	660
§ 30. Staatenverantwortlichkeit	660
I. Tatbestand	661
1. Deliktsfähigkeit	661
2. Zurechenbares Verhalten	662
a) Organhandeln (Art. 4 ARS)	663
b) De-facto-Organ	665
c) Organleihe	666
d) Verbundhandeln – Zusammenwirken mehrerer Völkerrechtssubjekte	666
e) Steuerung und Kontrolle	669
f) Anerkennung und Übernahme	671
g) Sonstige Verantwortlichkeit für das Verhalten Privater	672
3. Rechtsverstoß	673
4. Ausschluss der Rechtswidrigkeit	677
a) Einwilligung	677
b) Selbstverteidigung	679
c) Gegenmaßnahmen (Repressalien)	681
d) Höhere Gewalt	691
e) Notlage (Distress)	692
f) Notstand	692
g) Pflichtenkollision?	695
II. Haftungsfolgen	696
1. Grundpflicht zur Wiedergutmachung	697
2. Formen und Umfang der Wiedergutmachung	699

a) Naturalrestitution	699
b) Schadensersatz	701
c) Genugtuung	706
3. Durchsetzung	708
§ 31. Verantwortlichkeit anderer Völkerrechtssubjekte	708
I. Internationale Organisationen	709
II. Private	711
8. Kapitel: Individualschutz im Völkerrecht	
§ 32. Menschenrechte als völkerrechtlicher Regulationsgegenstand . .	716
I. Universaler Menschenrechtsschutz und Völkerrecht	717
II. Kodifikation der Menschenrechte auf universeller Ebene im Rahmen der UN	720
1. Menschenrechtspakte von 1966	721
a) Pakt über bürgerliche und politische Rechte	721
b) Durchsetzungsverfahren des IPbpR	722
c) Menschenrechtsschutz im bewaffneten Konflikt	724
d) Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	726
2. Weitere grundlegende UN-Menschenrechtsübereinkommen	727
a) Exkurs: Völkerrechtlicher Schutz vor Völkermord	728
b) Beseitigung von Rassendiskriminierung	729
c) Gleichberechtigung der Frau	730
d) Bekämpfung von Folter	732
e) Schutz der Rechte des Kindes	733
f) Schutz von Wanderarbeitnehmern und ihren Familienangehörigen	735
g) Schutz von Menschen mit Behinderungen	736
h) Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen	736
3. Sonstige universelle Menschenrechtsübereinkommen	737
a) Völkerrechtlicher Basisschutz von Leib und Leben	737
b) Schutz von Flüchtlingen und Staatenlosen	738
c) Minderheitenschutz	741
§ 33. Menschenrechtsschutz durch regionale Vereinbarungen	743
I. Europarat	744
1. Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)	744
2. Geltungsbereich der EMRK	746
3. Grundrechtskatalog der EMRK	748
a) Recht auf Leben (Art. 2)	748
b) Verbot der Folter, der unmenschlichen oder erniedrigenden Strafe oder Behandlung (Art. 3).	749
c) Verbot der Sklaverei und Zwangsarbeit (Art. 4)	750
d) Freiheit und Sicherheit der Person (Art. 5)	750
e) Recht auf ein faires Verfahren (Art. 6)	751
f) Recht auf Achtung seines Privat- und Familienlebens (Art. 8)	752

g) Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Art. 9)	752
h) Meinungsäußerungsfreiheit (Art. 10)	752
i) Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 11)	753
j) Diskriminierungsverbot (Art. 14)	754
k) Derogationsklausel	754
4. Durchsetzungsverfahren der EMRK	755
5. Europäische Sozialcharta	757
a) Ergänzung der EMRK	757
b) Durchsetzungsverfahren	758
6. Weitere menschenrechtliche Übereinkommen	759
7. Minderheitenschutz	760
8. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	760
II. Organisation Amerikanischer Staaten	762
1. Amerikanische Menschenrechtskonvention (AMRK)	762
2. Durchsetzungsverfahren der AMRK	763
III. Afrikanische Union und Arabische Liga	764
1. Afrikanische Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker	764
2. Durchsetzungsverfahren der Banjul-Charta	765
3. Arabische Charta der Menschenrechte	767
§ 34. Völkerrechtliches Fremdenrecht	768
I. Einreiseregulungen	769
II. Rechtsstatus von Ausländern	769
9. Kapitel: Völkerstrafrecht	
§ 35. Das Völkerstrafrecht als Regelungsbereich des Völkerrechts	772
I. Begriff des Völkerstrafrechts	772
II. Funktion des Völkerstrafrechts	774
III. Völkerrechtssubjektivität von Individuen	775
IV. Historische Stationen	775
1. Nürnberg und Tokyo	775
2. Jugoslawien und Ruanda	776
3. Den Haag: Der Internationale Strafgerichtshof	778
V. Nationale Umsetzung des Völkerstrafrechts in Deutschland	778
§ 36. Das materielle Völkerstrafrecht	779
I. Allgemeiner Teil	779
1. Begehungsmodalitäten, Art. 25 ICC-Statut	779
a) Täterschaft	780
b) Teilnahme	780
c) Unterlassen und völkerrechtliche Verantwortlichkeit	781
d) Joint Criminal Enterprises, Art. 25 Abs. 3 lit. d) ICC-Statut	781
e) Vorgesetztenverantwortlichkeit, Art. 28 ICC-Statut	782
2. Subjektiver Tatbestand	782
3. Versuch	784
4. Straffreistellungsgründe	784
a) Straffreistellungsgründe	784

b) Handeln auf Befehl	784
5. Immunitäten	785
II. Besonderer Teil	786
1. „Core crimes“ des Völkerstrafrechts	786
a) Völkermord	787
b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit	789
c) Kriegsverbrechen	790
d) Verbrechen der Aggression	793
2. Weitere Straftatbestände („treaty crimes“)	796
III. Ausblick	797
§ 37. Die Institutionen des Völkerstrafrechts	798
I. Strafverfolgung durch Staaten	798
II. ICTY und ICTR	800
III. Hybride Institutionen	801
IV. Internationaler Strafgerichtshof	804
1. Aufbau	804
a) Völkerrechtssubjekt	804
b) Aufbau	805
c) Vertragsstaaten	806
2. Gerichtsbarkeit	807
a) Gerichtsbarkeit in örtlicher Hinsicht	807
b) Gerichtsbarkeit in sachlicher, persönlicher und zeitlicher Hinsicht	808
c) Begründung und Ausübung der Gerichtsbarkeit	809
d) Gerichtsbarkeit in Bezug auf Nichtvertragsstaaten: Begründung durch den Sicherheitsrat	810
e) Gerichtsbarkeit in Bezug auf das Aggressionsverbrechen	811
f) Komplementarität	812
g) Art. 16 ICC-Statut	813
h) Derzeitige Situationen vor dem ICC	814
3. Verfahren	814
a) Verfahrensausgestaltung	814
b) Verfahrens- und Beweisregeln sowie Verbrochenselemente	815
c) Vorermittlungen und förmliches Ermittlungsverfahren	816
d) Individualisiertes Verfahren	816
e) Prozess, Urteil, Rechtsmittel und Vollstreckung	816
4. Rechte von Tätern und Opfern	817
a) Rechtsstaatliche Grundsätze zum Schutz des Angeklagten	817
b) Opferbeteiligung	817
5. Der Ukraine-Russland-Krieg	817
6. Ausblick: Politische Herausforderungen	819
10. Kapitel: Internationales öffentliches Seerecht (Seevölkerrecht)	
§ 38. Begriff und Gegenstand, Entwicklung und Rechtsquellen des internationalen öffentlichen Seerechts	821
I. Begriff und Regelungsgegenstand	822
II. Entwicklung	824

III. Kodifikation des Seevölkerrechts	826
1. Haager Kodifikationskonferenz (1930)	826
2. Erste UN-Seerechtskonferenz (1958)	826
3. Dritte UN-Seerechtskonferenz	827
§ 39. Innere Gewässer und Basislinien	830
I. Begriff und Rechtsstatus der inneren Gewässer	830
II. Basislinien	831
1. Funktion	831
2. Normale Basislinie	831
3. Gerade Basislinien	831
III. Buchten, historische Gewässer, Flussmündungen und Ästuar	833
1. Juristische und historische Buchten, historische Gewässer	833
a) Juristische Buchten	833
b) Historische Buchten	834
c) Historische Gewässer	834
2. Flussmündungen und Ästuar („estuaries“)	835
IV. Rechte fremder Schiffe in den inneren Gewässern	835
1. Zugang zu den inneren Gewässern	835
2. Rechtsstellung fremder Schiffe	836
§ 40. Küstenmeer	837
I. Begriff und Rechtsstatus des Küstenmeeres	837
II. Breite und Bemessung des Küstenmeeres	839
III. Abgrenzung des Küstenmeeres benachbarter oder einander gegenüberliegender Staaten	840
1. Staatenpraxis und internationale Judikatur	841
2. Bedeutung der Äquidistanzlinie für die seitliche Abgrenzung des Küstenmeeres	842
IV. Friedliche Durchfahrt, Rechte und Pflichten des Küstenstaates	843
1. Recht der friedlichen Durchfahrt	844
2. Weitere Rechte und Pflichten des Küstenstaates	846
§ 41. Internationale Meerengen	847
I. Begriff und Arten internationaler Meerengen	848
II. Unterschiedliche Transit- und Durchfahrtsregime	848
III. Transitdurchfahrt, Rechte und Pflichten der Anliegerstaaten	850
1. Transitdurchfahrt	850
2. Rechte und Pflichten der Anliegerstaaten	851
§ 42. Archipelgewässer	852
I. Archipelstaaten und Archipele	853
II. Archipelbasislinien und Rechtsstatus der Archipelgewässer	854
1. Archipelbasislinien	854
2. Rechtsstatus der Archipelgewässer	854
III. Durchfahrt durch Archipelgewässer	855

§ 43. Anschlusszone	856
I. Begriff und Rechtsstatus	856
II. Breite der Anschlusszone	857
III. Befugnisse des Küstenstaates in der Anschlusszone	857
§ 44. Festlandsockel und Ausschließliche Wirtschaftszone	858
I. Festlandsockel	859
1. Entwicklung und Begriff	859
a) Entwicklung des Festlandsockelregimes	859
b) Begriff des Festlandsockels	861
2. Seewärtige Grenze des Festlandsockels	862
3. Rechtsstatus des Festlandsockels und souveräne Rechte des Küstenstaates	866
4. Rechte und Pflichten fremder Staaten	867
II. Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ)	867
1. Entwicklung	868
2. Rechtsstatus, souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse des Küstenstaates	869
a) Rechtsstatus	869
b) Souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse	870
3. Rechte und Pflichten anderer Staaten	871
III. Abgrenzung des Festlandsockels und der AWZ	872
IV. Inseln und Felsen	875
§ 45. Hohe See und Tiefseeboden („Gebiet“)	877
I. Rechtsstatus der Hohen See	878
II. Freiheit der Hohen See	878
1. Schifffahrtswelt und Flaggenstaatsprinzip	879
2. Eingriffe in die Schifffahrtswelt	881
a) Eingriffsbefugnisse nach dem SRÜ	882
b) Weitere Eingriffsrechte	885
c) Schranken der Eingriffsrechte	886
3. Fischereifreiheit	886
4. Weitere Freiheiten	888
III. Rechtsstatus des Tiefseebodens und Aktivitäten im „Gebiet“	888
1. Entwicklung, Rechtsstatus des Tiefseebodens	888
2. Tiefseebergbauregime des SRÜ	890
3. Meeresbodenbehörde	891
4. Marine Biodiversität	891
 11. Kapitel: Internationales öffentliches Luft- und Weltraumrecht	
§ 46. Internationales öffentliches Luftrecht	893
I. Herausbildung des internationalen öffentlichen Luftrechts	895
1. Historische Entwicklung	895
2. Das Chicagoer Abkommen von 1944	896
3. Aktueller Stand	897
II. Lufthoheit und ihr territorialer Geltungsbereich	897

1. Die Lufthoheit	897
2. Der Luftraum über der Hohen See	899
III. Die Regelung des internationalen Flugverkehrs im Chicagoer Abkommen	902
1. Beschränkung des Geltungsbereichs auf Privatluftfahrzeuge	902
2. Regelungen des internationalen Luftverkehrs	903
a) Planmäßiger und nicht-planmäßiger Luftverkehr	903
b) Freiheiten der Luft	904
c) Beschränkungen der Einflussfreiheit	905
d) Lufthoheitliche Befugnisse der Staaten	905
3. Der Rechtsstatus der Flugzeuge	906
a) Registrierung und Jurisdiktion	906
b) Formen der internationalen Kooperation von Luftverkehrsunternehmen	907
IV. Bilaterale Luftverkehrsabkommen	908
V. Die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO)	910
VI. Haftungsfragen bei der Luftbeförderung	912
VII. Verletzungen des Luftraums durch Militär- und Zivilflugzeuge	913
1. Unerlaubter Einflug von Militärluftfahrzeugen	913
2. Unerlaubter Einflug von Zivilluftfahrzeugen	914
VIII. Der Schutz des internationalen Luftverkehrs	917
§ 47. Weltraumrecht	920
I. Herausbildung des Weltraumrechts	925
II. Weltraumfreiheit und Gemeinwohlklausel	928
1. Gemeinwohlklausel	929
2. Geostationärer Orbit	933
III. Weltraumgegenstände und Besatzungen	935
1. Rechtlicher Status	935
2. Registrierung und Haftung	936
3. Die Rettung und Bergung von Raumfahrern und Weltraumgegenständen	940
IV. Einzelfragen der Weltraumnutzung	941
1. Telekommunikation	941
a) Kommunikationssatelliten	941
b) Rundfunksatelliten	942
2. Fernerkundung	943
a) Fernerkundungsprinzipien	944
b) Navigationssysteme	947
3. Militärische Nutzung	948
4. Umweltschutz	950
a) Grundsätze	950
b) Weltraummüll	951
c) Nukleare Antriebe	953
d) Weltraumtourismus	953
5. Institutionalisierte regionale und internationale Kooperation	954
a) Internationale Fernmeldesatellitenorganisation (INTELSAT)	954
b) Weitere Fernmeldesatellitenorganisationen	955

c) Internationale Organisation für Satellitenkommunikation	955
d) Europäische Weltraumagentur	955
e) Die Europäische Fernmeldesatellitenorganisation	956

12. Kapitel: Wirtschaftsvölkerrecht

§ 48. Grundstrukturen des Wirtschaftsvölkerrechts	957
I. Einleitung	957
II. Historische Entwicklungslinien	961
III. Die verschiedenen Ebenen des Wirtschaftsvölkerrechts	967
1. Globale und regionale Ebene	968
2. Multilaterale und bilaterale Abkommen	970
3. Industriestaaten und Entwicklungsländer	971
IV. Globalisierung und Theorie der Weltwirtschaft	972
V. Akteure des Wirtschaftsvölkerrechts	975
1. Staaten	976
2. Internationale Organisationen	977
3. Nichtregierungsorganisationen (NGOs)	979
4. Multinationale Unternehmen	981
VI. Rechtsquellen des Wirtschaftsvölkerrechts	984
1. Nationales Recht	984
2. Völkerrechtliche Verträge	986
3. Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze	987
4. Entscheidungen internationaler Gerichte	988
5. Beschlüsse Internationaler Organisationen	988
6. Transnationales Recht und „ <i>lex mercatoria</i> “	989
§ 49. Grundzüge des Welthandelsrechts	990
I. Einleitung	990
II. Historische Entwicklung	994
III. Die institutionelle Struktur der WTO	998
1. Die WTO als Internationale Organisation	999
2. Organe der WTO	1000
3. Der Streitbeilegungsmechanismus der WTO	1001
IV. Das materielle Recht der WTO: GATT	1004
1. Grundprinzipien des GATT	1005
a) Meistbegünstigung	1006
b) Inländergleichbehandlung (<i>national treatment</i>)	1008
c) Zollabbau	1010
d) Verbot der nichttarifären Handelshemmnisse	1011
2. Rechtfertigungsgründe für beschränkende Maßnahmen	1011
a) Allgemeine Ausnahmen nach Art. XX GATT	1011
b) SPS-Übereinkommen (Gesundheitspolizei und Pflanzenschutz)	1016
c) TBT-Übereinkommen (technische Handelshemmnisse)	1017
d) Sonstige Übereinkommen zu beschränkenden Maßnahmen	1019
3. Subventionen	1020
4. Anti-Dumping-Übereinkommen	1023

V. Das materielle Recht der WTO: GATS	1025
VI. Das materielle Recht der WTO: TRIPS	1029
§ 50. Koordinierte Marktordnung: Wettbewerb, Steuern, Rechnungslegung und Insolvenz	1035
I. Einleitung	1035
II. Internationales Wettbewerbsrecht	1036
1. Grundlagen	1037
2. Kooperation der Wettbewerbsbehörden	1038
3. Angleichung materiell-rechtlicher Regelungen des Wettbewerbsrechts	1040
4. Zukunftsaussichten	1041
III. Internationales Steuerrecht	1042
IV. Internationale Rechnungslegung, Corporate Governance, Corporate Social Responsibility	1045
V. Internationales Insolvenzrecht	1052
§ 51. Internationaler Investitionsschutz	1054
I. Einleitung	1054
II. Erscheinungsformen des Investitionsschutzes	1056
1. Enteignungsschutz nach klassischem Völkergewohnheitsrecht	1057
2. Bilaterale Investitionsschutzverträge	1058
3. Regionale und multilaterale Regelungen	1060
4. Investor-Staat-Verträge	1064
III. Materielle Schutzstandards	1065
1. Anwendungsbereich des vertraglichen Schutzes	1065
a) Sachlicher Anwendungsbereich: Investition/Kapitalanlage	1066
b) Persönlicher Anwendungsbereich: Investor	1067
2. Enteignungen und deren Rechtsfolgen	1067
3. Diskriminierungsschutz	1070
a) Inländergleichbehandlung	1070
b) Meistbegünstigung	1071
4. „Fair and Equitable Treatment“	1071
5. „Full Protection and Security“	1073
6. Schirmklauseln	1073
IV. Streitbeilegung	1074
1. Investor-Staat-Schiedsverfahren	1075
2. ICSID-Schiedssystem	1076
V. Kritik am Investitionsschutz	1079
§ 52. Internationale Währungsordnung und Regulierung der Finanzmärkte	1080
I. Einleitung	1081
II. Entwicklung des Bretton Woods-Systems	1082
1. Konferenz von Bretton Woods und die Genese der globalen Währungsordnung	1083
2. Die Entwicklung der globalen Währungsordnung und die Suche nach einer „neuen internationalen Finanzarchitektur“	1084

III. Der Internationale Währungsfonds (IMF)	1088
IV. Die Weltbank	1094
V. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der Baseler Ausschuss und die Probleme globaler Finanzmarktregulierung	1096
VI. Staatsschulden und Staateninsolvenz	1099

13. Kapitel: Umweltvölkerrecht

§ 53. Entwicklung, Rechtssetzung und Strukturmerkmale	1104
I. Entwicklung des Umweltvölkerrechts	1104
1. Die Anfänge des Umweltvölkerrechts	1104
2. Die Stockholmer Konferenz von 1972 – United Nations Conference on the Human Environment	1109
3. Die Konferenz von Rio de Janeiro 1992 – United Nations Conference on Environment and Development	1111
4. Johannesburg-Konferenz 2002 – World Summit on Sustainable Development	1113
5. Konferenz von Rio de Janeiro 2012 – United Nations Conference on Sustainable Development (Rio+20)	1113
6. Fazit	1114
II. Rechtssetzung im Umweltvölkerrecht	1115
III. Strukturmerkmale des Umweltvölkerrechts	1118
1. Das Verbot erheblicher Schädigung der Umwelt jenseits des eigenen Hoheitsgebiets	1118
2. Das Vorsorgeprinzip	1119
3. Das Verursacherprinzip	1120
4. Das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeit	1120
5. Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung	1121
6. Informations- und Konsultationspflichten	1123
7. Pflicht zur grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung ..	1125
§ 54. Spezifische Regelungen des Umweltvölkerrechts	1126
I. Der Schutz internationaler Binnengewässer	1126
1. Grundsätze bzgl. internationaler Binnengewässer	1127
2. Völkervertragsrechtliche Regelungen bzgl. internationaler Binnengewässer	1128
a) Übereinkommen zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen vom 17.3.1992	1128
b) Übereinkommen über das Recht der nicht-schiffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe	1129
c) Regionale völkervertragsrechtliche Regelungen bzgl. internationaler Binnengewässer	1130
II. Der Schutz der Meeresumwelt	1135
1. Der Schutz der Meeresumwelt durch das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982	1136
2. Konkretisierung durch regionale und spezielle Abkommen	1139

a) Regionale Abkommen	1140
b) Spezielle Regelungen	1142
3. Der Schutz der lebenden Ressourcen der Meere	1144
III. Schutz der Luft, der Atmosphäre und des Klimas	1147
1. Luftreinhaltung	1147
2. Schutz der Ozonschicht	1149
3. Klimaschutz	1151
a) Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen vom 9.5.1992	1152
b) Das Kyoto-Protokoll vom 11.12.1997	1154
c) Das Übereinkommen von Paris vom 12.12.2015	1157
d) „Klimaklagen“ (Climate Change Litigation)	1159
IV. Der Schutz von Flora und Fauna und der Schutz der biologischen Vielfalt	1160
1. Der Schutz von Flora und Fauna	1160
2. Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt vom 5.6.1992	1163
V. Grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfälle	1165
VI. Umgang mit gefährlichen Stoffen	1166
VII. Schutz vor radiologischen Gefahren	1168

14. Kapitel: Friedenssicherung

§ 55. Vom <i>ius ad bellum</i> zum <i>ius contra bellum</i> (Kriegsverbot, Gewaltverbot und Interventionsverbot)	1170
I. Lehre vom „gerechten Krieg“ (<i>bellum iustum</i>)	1171
II. Kriegsschranken und Kriegsverbot	1173
1. Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907	1173
2. Völkerbund und Briand-Kellogg Pakt	1174
a) Völkerbund	1174
b) Locarno-Verträge	1175
c) Briand-Kellogg-Pakt (1928)	1176
III. Gewaltverbot (Art. 2 Nr. 4 UN-Charta)	1177
1. Anwendung von Gewalt	1177
2. Androhung von Gewalt	1181
3. Geltungsbereich des Gewaltverbots	1183
a) Persönlicher Geltungsbereich (<i>ratione personae</i>)	1183
b) Sachlicher Geltungsbereich (<i>ratione materiae</i>)	1184
c) Art. 2 Nr. 4 UN-Charta und das gewohnheitsrechtliche Gewaltverbot	1187
IV. Interventionsverbot (Art. 2 Nr. 1 UN-Charta)	1188
1. Völkerrechtliche Geltung	1188
2. Inhalt	1189
3. Reaktionen des Zielstaates einer unzulässigen Intervention	1192
§ 56. Ausnahmen vom Gewaltverbot	1192
I. Ausschluss der Tatbestandsmäßigkeit oder Rechtfertigung?	1194
II. Recht der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung	1194
1. Rechtsnatur des Selbstverteidigungsrechts	1194
2. Bewaffneter Angriff	1195

a) Begriff des bewaffneten Angriffs	1196
b) Beginn des bewaffneten Angriffs (präventive, präemptive, interzeptive Selbstverteidigung)	1199
c) Opfer und Urheber eines bewaffneten Angriffs	1201
3. Kollektive Selbstverteidigung	1204
4. Schranken der Selbstverteidigung	1206
a) Erforderlichkeit, Verhältnismäßigkeit, Unmittelbarkeit	1206
b) Rolle des Sicherheitsrats	1208
III. Weitere Rechtfertigungsgründe	1210
1. Zustimmung (Intervention auf Einladung)	1210
2. Rettung eigener Staatsangehöriger und anderer bedrohter Personen aus fremdem Staatsgebiet	1212
3. Humanitäre Intervention	1213
4. Gewaltsame Gegenmaßnahmen	1215

§ 57. Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch Systeme kollektiver Sicherheit

I. Das universelle System kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen	1216
1. Begriff des Systems kollektiver Sicherheit	1217
2. Strukturmerkmale	1217
3. Verantwortliche Organe der Friedenssicherung	1218
II. Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII UN-Charta	1219
1. Voraussetzungen (Art. 39 UN-Charta)	1220
a) Feststellung nach Art. 39 UN-Charta und weites Ermessen des Sicherheitsrats	1220
b) Empfehlungen und Entscheidungen	1221
2. Zwangsmaßnahmen	1222
a) Vorläufige Maßnahmen (Art. 40 UN-Charta)	1224
b) Nichtmilitärische Zwangsmaßnahmen (Art. 41 UN-Charta)	1224
c) Militärische Zwangsmaßnahmen (Art. 42 UN-Charta)	1226
III. Friedenseinsätze (Peacekeeping)	1227
1. Rechtsgrundlage	1228
2. Anwendbares Recht	1229
IV. Regionale Systeme kollektiver Sicherheit (Kapitel VIII UN-Charta)	1231

15. Kapitel: Abrüstung, Rüstungskontrolle, friedliche Streitbeilegung

§ 58. Abrüstung und Rüstungskontrolle	1234
I. Begriffe und allgemeiner völkerrechtlicher Rahmen	1234
II. Entwicklungen in der internationalen Rüstungsbegrenzung bis 1945	1237
III. Die Regulierung von Massenvernichtungswaffen	1240
1. Das Biowaffen-Übereinkommen	1240
2. Das Chemiewaffen-Übereinkommen	1242
3. Regulierung radiologischer und nuklearer Waffen	1245
a) Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen	1247
b) Teststoppverträge	1252

c) Der Atomwaffenverbotsvertrag	1253
d) Bilaterale Abrüstungsverträge der nuklearen Supermächte	1256
e) Verträge über kernwaffenfreie Zonen	1259
4. Das 1540er-Regime	1262
IV. Die Regulierung von konventionellen Waffen	1263
1. Der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa	1263
2. Verträge hinsichtlich einzelner Gattungen konventioneller Waffen	1265
3. Der Vertrag über den Waffenhandel	1266
4. Das Wassenaar-Arrangement	1267
5. Weitere Rüstungsregulierungsinstrumente im Rahmen der UN und der OSZE	1268
§ 59. Die friedliche Streitbeilegung	1270
I. Rechtliche Grundlagen	1271
II. Mittel der friedlichen Streitbeilegung	1274
III. Diplomatische Verfahren	1275
1. Verhandlungen	1275
2. Gute Dienste und Vermittlungen	1276
3. Untersuchung und Vergleichsverfahren	1280
a) Untersuchung	1280
b) Vergleichsverfahren	1283
IV. Die Internationale Schiedsgerichtsbarkeit	1286
1. Begriff und Entwicklung	1286
2. Verschiedene Arten von Schiedsgerichten	1287
3. Details zum schiedsgerichtlichen Verfahren	1289
a) Besetzung der Schiedsgerichte	1289
b) Verfahrensregeln	1289
c) Streitgegenstand und Rechtsgrundlage	1289
d) Schiedsspruch	1289
4. Ständige Schiedsinstitutionen	1291
V. Gerichtliche Verfahren	1294
1. Wesen der Gerichtsbarkeit	1294
2. Erscheinungsformen der Gerichtsbarkeit	1294
VI. Der Internationale Gerichtshof	1295
1. Geschichtliche Entwicklung	1295
2. Begriff der internationalen Gerichtsbarkeit	1296
3. Rechtsstellung und Rechtsgrundlagen	1297
4. Organisation	1300
5. Zulässigkeit	1302
a) Parteifähigkeit	1303
b) Zuständigkeit	1303
c) Rechtsstreitigkeit	1311
6. Begründetheit	1313
7. Verfahren	1313
8. Widerklage und Nebenintervention	1315
9. Urteil und Urteilswirkungen	1315
10. Urteilsdurchsetzung	1317

11. Einstweilige Anordnungen	1318
12. Gutachten	1319

16. Kapitel: Recht des bewaffneten Konflikts

§ 60. Begriff, Funktion, Entwicklung und Quellen	1325
I. Begriff und Funktion	1325
II. Entwicklung und Quellen	1327
1. Kriegerrechtliche Kodifikationen	1328
a) 19. Jahrhundert bis Ausbruch des I. Weltkriegs	1328
b) Kriegerrechtliche Kodifikationsbemühungen zwischen dem I. und II. Weltkrieg	1330
c) Kriegerrechtliche Kodifikationen seit dem Ende des II. Weltkriegs	1332
2. Gewohnheitsrecht	1336
§ 61. Sachlicher und zeitlicher Anwendungsbereich, Abgrenzung	1337
I. Internationaler bewaffneter Konflikt und militärische Besetzung	1338
1. Erklärter Krieg oder andere bewaffnete Konflikte zwischen Staaten	1338
a) Erklärter Krieg	1338
b) Internationaler bewaffneter Konflikt	1339
2. Multinationale Einsätze, einschließlich UN-Operationen	1343
3. Vollständige oder teilweise militärische Besetzung	1344
4. „Befreiungskriege“	1346
II. Nichtinternationaler bewaffneter Konflikt	1346
1. Begriff	1347
a) Konfliktparteien	1347
b) Intensität	1348
c) Räumliche Reichweite nichtinternationaler bewaffneter Konflikte	1348
2. Verpflichtung nichtstaatlicher Akteure durch Kriegsvölkerrecht?	1350
III. Beendigung bewaffneter Konflikte	1350
1. Internationaler bewaffneter Konflikt	1350
a) Erklärter Krieg und andere internationale bewaffnete Konflikte	1351
b) Militärische Besetzung	1352
2. Nichtinternationaler bewaffneter Konflikt	1352
IV. Verhältnis des im bewaffneten Konflikt anwendbaren Völkerrechts zum Friedenssicherungsrecht und zum völkerrechtlichen Individualschutz	1353
1. Friedenssicherungsrecht	1353
2. Völkerrechtlicher Individualschutz	1354
§ 62. Grundsätze und Durchsetzung des im bewaffneten Konflikt anwendbaren Völkerrechts	1355
I. Militärische Notwendigkeit und Menschlichkeit	1356
II. Unterscheidungsgrundsatz	1358
III. Schutz der natürlichen Umwelt	1359
1. Bestimmungen des ZP I	1359
2. Gewohnheitsrechtlicher Schutz der natürlichen Umwelt?	1360
3. Umweltkriegsübereinkommen	1360
IV. Durchsetzung des im bewaffneten Konflikt anwendbaren Völkerrechts	1361

1. Außerrechtliche Faktoren	1361
2. Im Recht verankerte Instrumente	1362
a) Gemeinsamer Art. 1 GA	1362
b) Verbreitung	1363
c) Bestellung einer Schutzmacht	1363
d) Tatsachenermittlung	1364
e) Repressalien	1364
f) Staatenverantwortlichkeit	1366
g) Sonderfall: Nichtstaatliche Akteure	1367

§ 63. Kombattanten und Mitglieder anderer organisierter bewaffneter Gruppen 1368

I. Kombattanten und ihnen gleichgestellte Personen im internationalen bewaffneten Konflikt	1369
1. Kombattanten gemäß HLKO und GA	1369
2. Kombattanten gemäß ZP I	1371
3. „Unrechtmäßige Kombattanten“, Spione, Söldner und Mitarbeiter privater Militär- und Sicherheitsunternehmen	1373
a) Unrechtmäßige Kombattanten	1373
b) Spione	1373
c) Söldner	1374
d) Mitarbeiter privater Militär- und Sicherheitsunternehmen	1374
II. Mitglieder nichtstaatlicher organisierter bewaffneter Gruppen im nichtinternationalen bewaffneten Konflikt	1375

§ 64. Geschützte Personen und Objekte (einschließlich Besatzungsrecht) 1376

I. Zivilpersonen und Zivilbevölkerung	1377
1. Begriff	1377
2. Zivilpersonen, die unmittelbar an den Feindseligkeiten teilnehmen	1378
3. Allgemeine Vorschriften zum Schutz der Zivilbevölkerung	1379
II. Verwundete, Kranke, Schiffbrüchige und andere Personen hors de combat	1381
1. Begriff	1381
2. Schutz	1381
3. Sanitätseinrichtungen, Sanitätstransporte, Sanitäts- und Seelsorgepersonal	1382
III. Kriegsgefangene und andere festgehaltene Personen	1383
1. Kriegsgefangene	1383
2. Andere festgehaltene Zivilpersonen	1384
IV. Zivile Objekte und besonders geschützte Objekte	1385
1. Allgemeiner Schutz ziviler Objekte	1385
2. Besonders geschützte Objekte	1385
V. Besetzte Gebiete	1386
1. Rechte und Pflichten der Besatzungsmacht	1387
2. Schutz der Zivilbevölkerung im Besatzungsgebiet	1388

§ 65. Mittel und Methoden der Kriegführung (Waffen- und Waffeneinsatzrecht)	1389
I. Begriff der Mittel und Methoden der Kriegführung	1389
II. Völkerrechtliche Anforderungen und Verbote	1390
1. Allgemeine Anforderungen	1390
2. Besondere vertragliche Verbote oder Beschränkungen	1390
a) Waffenverbote	1391
b) Verbotene Methoden der Kriegführung	1393
3. Art. 36 ZP I	1395
III. Waffeneinsatzrecht	1395
1. Militärische Operationen und Angriffe	1395
2. Zulässige militärische Ziele	1396
3. Verbot unterschiedsloser Angriffe	1398
4. Vorsichtsmaßnahmen	1400
a) Aktive Vorsichtsmaßnahmen	1400
b) Passive Vorsichtsmaßnahmen	1402
§ 66. Neutralitätsrecht	1403
I. Begriff, Funktion und Anwendbarkeit des Neutralitätsrechts	1404
1. Begriff und Funktion	1404
2. Anwendbarkeit	1404
II. Pflichten der Konfliktparteien	1405
III. Pflichten der neutralen Staaten	1406
§ 67. Besonderheiten im See- und Luftkrieg	1406
I. Sachlicher und räumlicher Anwendungsbereich	1408
1. Sachlicher Anwendungsbereich	1408
2. Räumlicher Anwendungsbereich	1408
a) Allgemeine Bestimmung	1408
b) Neutraler Luftraum und Seegebiete	1408
II. Berechtigung zur Ausübung von Rechten Kriegführender	1409
III. Verwundete, Kranke und Schiffbrüchige	1410
1. Geschützte Personen	1410
2. Sanitätsfahrzeuge	1410
3. Andere geschützte See- und Luftfahrzeuge	1411
IV. Mittel und Methoden im Luft- und Seekrieg	1412
1. Unterscheidungsgrundsatz und Vorsichtsmaßnahmen beim Angriff ..	1412
2. Mittel der See- und Luftkriegführung	1412
3. Methoden der See- und Luftkriegführung	1413
V. Prisenrecht	1413
Sachverzeichnis	1415